

Aufwachen in der roten Republik



Am 22. September haben die Wähler den Deutschen Bundestag gewählt. Betrachtet man das Ergebnis der Zweitstimmen, so ist zu erkennen, dass die bürgerlichen Parteien CDU/CSU/FDP/AfD und Freie Wähler zusammen 52% der Stimmen erhalten haben. SPD/Grüne und Linkspartei kommen zusammen nur auf 42,7%. Selbst unter Einbeziehung der Piratenpartei und der MLPD kommt das linke Lager nur auf 45%. Die Deutschen haben mit überwiegender Mehrheit bürgerlich gewählt. Sie sind aber wegen der 5% Hürde in einer roten Republik aufgewacht.

(Von freiermensch)

In den letzten Jahren hat das Bundesverfassungsgericht Überhangmandate wegen der Verfälschung des Wählerwillens kritisiert. Aufgrund einer im März beschlossenen Wahlrechtsänderung werden Überhangmandate inzwischen ausgeglichen. CDU und CSU hätten nach dem alten Wahlrecht 28

Überhangmandate erzielt. Damit hätten die Unionsparteien eine eigene Mehrheit im Bundestag gehabt. Dies hätte dem Wählerwillen wenigstens annähernd entsprochen. Nun kann die politische Linke den Preis für eine Regierungsbeteiligung hochtreiben.

Die Fälschung einer einzigen Wählerstimme wird zu Recht als Straftat geahndet. Bei der Bundestagswahl 2013 sind jedoch 6.776.687 korrekt abgegebene Zweitstimmen durch das Wahl(un)recht entwertet worden. Der Bundestag spiegelt damit nicht den Wählerwillen wider.

Nachdem der Kanzlerkandidat der SPD in der Versenkung verschwunden ist, hat der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel (Foto) eine Koalitionsbeteiligung von der Meinung der SPD-Basis abhängig gemacht. Ein glatter Verfassungsbruch.

Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, ihrem Gewissen verpflichtet und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Die Union kann jetzt das böse Spiel mitspielen. Dann wird sie ihre Glaubwürdigkeit endgültig verlieren. Nach neuesten Umfragen stehen die Unionsparteien bei 43%, die AfD bei 6%. Im Februar 2014 könnten Neuwahlen das Ergebnis von 2013 korrigieren.

Die Union muss sich entscheiden.